

Newsletter Nummer 7/2023: Aktuelles aus Kreistag und Fraktion

Kreistagssitzung am 18. Juli 2023 in Dielheim

Bei seiner letzten öffentlichen Sitzung vor der Sommerpause in der Dielheimer Kulturhalle stimmte der Kreistag einer Neubesetzung innerhalb des Jugendhilfeausschusses, der Wahlkreiseinteilung für die Kreistagswahl 2024 – die unverändert gegenüber 2019 sein wird – und der Verlängerung der Bestellung von Herrn Robert Bittner als Leiter des Medienzentrums für weitere sechs Jahre zu.



Erhöhung der laufenden Geldleistung für Kinder in der Kindertagespflege

Anschließend bat Landrat Stefan Dallinger, dem überplanmäßigen Aufwand in Höhe von 1,7 Millionen € zur Erhöhung der laufenden Geldleistung für Kinder in der Kindertagespflege rückwirkend ab 1. Januar 2023 zuzustimmen.

Kreisrat Tobias Rehorst führte in seiner Stellungnahme hierzu aus, dass die Freien Wähler die Tagespflegepersonen als sinnvolle Ergänzung der Kinderbetreuungseinrichtungen in kommunaler oder freier Trägerschaft betrachten. Gerade durch ihre Flexibilität seien sie eine wichtige Stütze, wenn es darum geht, bedarfsgerechte Angebote zu schaffen.

So wie die Freien Wähler bereits in der Vergangenheit die Bezuschussung durch den Kreis unterstützt haben, stimmten sie auch heute gerne der durch den KVJS empfohlenen Erhöhung zu, ebenso wie der von der Kreisverwaltung empfohlenen, darüber hinausgehenden Erhöhung, die dafür Sorge, dass die bisherige Zuschussystematik beibehalten und niemand schlechter gestellt wird.

Tobias Rehorst schloss mit einem Dankeschön an alle, die sich als Kindertageseltern betätigen für ihre sehr wertvolle Arbeit.

Fortschreibung des Integrationskonzepts

Danach befasste sich das Gremium mit der Fortschreibung des Integrationskonzepts des Rhein-Neckar-Kreises 2023 bis 2028. Integrationsarbeit soll sich danach nicht mehr schwerpunktmäßig auf geflüchtete Menschen beziehen, sondern die gesamte Bevölkerung in den Blick nehmen.

Durch ein teilhabeorientiertes Integrationsverständnis könne eine tatsächliche inklusive Wirkung der Maßnahmen erzielt werden. Der Ansatz verdeutliche sich in den Inhalten und Zielen von sieben Handlungsfeldern.



Kreisrat Tobias Rehorst bedankte sich namens der Freien Wähler für diese umfassende Werk, das als Ergebnis eines langen und intensiven Beteiligungsprozesses entstanden sei, in den auch die Fraktionen mehrfach eingebunden waren – eine Beteiligungsmöglichkeit, die die Freien Wähler durchaus auch zu konstruktiv-kritischen Beiträgen genutzt hätten.

Die Gelegenheit, nun aus einem über 100-seitigen Werk einzelne Formulierungen herauszugreifen und zu zerpflücken, werde

er nicht wahrnehmen, dazu hätten genügend Möglichkeiten im Vorfeld bestanden.

Wichtig sei es auch zu betonen, dass man im Rahmen der kommunalen Selbstverwaltung nur begrenzt Einfluss nehmen könne, insbesondere auch keine Restriktionen oder Sanktionen einführen oder gar mögliche Versäumnisse der Migrationspolitik der Vergangenheit mit der Auflage eines Integrationskonzept wegzaubern könne.

Die Neuauflage sei zum einen den geänderten Rahmenbedingungen wie etwa dem Ukrainekrieg geschuldet, insbesondere aber auch der breiteren Aufstellung der Stabsstelle, die nun als „Stabsstelle für Integration und gesellschaftliche Entwicklung“ bezeichnet wird. Wer ein so breites, nahezu kaum zu begrenzendes Aufgabenspektrum hat, der brauche schlichtweg auch eine Handreichung, um die Arbeitsschwerpunkte ausmachen zu können.

Wichtig sei den Freien Wählern, dass die grundsätzliche Aufgabenverteilung zwischen Kreis und Kreiskommunen gewahrt bleibt, worauf sie bereits im Entstehungsprozess mehrfach hingewiesen hätten. Er wünschen sich vom Kreis Rezepte, die man vor Ort je nach lokalem Gusto und Bedarf anwenden kann, aber keine Doppelverköstigung.

Nicht dass die Freien Wähler das dem Landkreis nicht zutrauen würden!

Angesichts der doch begrenzten Personalressourcen in der Stabstelle sähe man aber die Gefahr, dass die konkrete Umsetzung von Projekten auf der lokalen Ebene nur punktuell erfolgen kann, quasi mit dem Schöpflöffel - was zwangsläufig zu ungleichen Ergebnissen führen werde.

Dort wo die Stabsstelle Versorgungslücken zwischen Bundes- oder Landesangeboten sehe - etwa bei der Förderung von Sprachkursen -, seien ergänzende Angebote natürlich willkommen, sofern sie ein kreisweites Bedürfnis erfüllen. Erfolgreiche Aktionen aus der Vergangenheit wie der konzipierte Deutschkurs für Frauen mit Kindern hätten gezeigt, dass der Kreis diesem Anspruch durchaus gerecht werden könne.

Trotz dieses Leitfadens für die Arbeit müsse diese natürlich flexibel bleiben, um auf unerwartete Ereignisse reagieren zu können. Wichtig sei den Freien Wählern dabei vor allem der stetige Austausch mit dem kommunalen Integrationsmanagement, um kreisweite Bedarfe vor Ort frühzeitig zu erkennen und gegebenenfalls beraten zu können. Dass dies praktiziert und die, in den Kommunen Aktiven ernst genommen werden, sei ein sehr wichtiges Anliegen.

Abschließend stimmte Tobis Rehorst für die Freien Wähler dem Integrationskonzept für die Jahre 2023 bis 2028 zu.



Finanzen:

Jahresabschlüsse 2022, Verlustausgleich der GRN und strategische Ziele 2024

Weiter ging es dann wieder mit den Finanzen: Der Kreistag stellte die Jahresabschlüsse 2022 des Rhein-Neckar-Kreises, der Freiherr von Ullner'schen Stiftung sowie des Eigenbetriebs Bau, Vermögen und Informationstechnik fest.

Im Anschluss beschäftigte sich der Kreistag noch mit den GRN-Kliniken und den strategischen Ziele 2024, die integrativer Bestandteil der Haushaltsplanung 2024 sein werden.

Kreisrat Peter Riemensperger stellte in seinen Ausführungen für die Fraktion der Freien Wähler fest, dass der Kernhaushalt 2022 mit einem Ergebnis von 12,2 Millionen € abschließt. Im Vergleich zur Planung spreche man nach Berücksichtigung der Haushaltsübertragungen über eine Verbesserung von 23,4 Millionen €.

Die Entscheidung, den Hebesatz für die Kreisumlage für 2022 um 0,5 Prozentpunkte auf 24,5 % zu senken – seiner Zeit ein deutliches Signal des Landkreises, die Handlungsfähigkeit der Gemeinden zu erhalten, obwohl damit das im Haushaltsplan 2022 ausgewiesene Gesamtergebnis mit 16 Millionen negativ war, erweise sich somit auch im Nachhinein als richtig!

Die Liquidität des Landkreises habe Ende 2022 61,4 Millionen € betragen - 27 Millionen € mehr als ein Jahr zuvor.

Auch der Eigenbetrieb Bau, Vermögen und Informationstechnik habe mit einem Überschuss von mehr als 500.000 € ein Ergebnis erzielt, das um 1,2 Millionen € über dem Wirtschaftsplan lag.

Die Gesamtverschuldung von Landkreis und Eigenbetrieb sei aufgrund der getätigten Investitionen auf zusammen knapp 77 Millionen € gestiegen.

Und nicht zuletzt schließe die Freiherr von Ulner'sche Stiftung das Jahr 2022 einmal mehr mit einer schwarzen Null ab.

Zusammenfassend könne man feststellen, dass 2022 finanziell ein sehr gutes Jahr für den Rhein-Neckar-Kreis war.

Erstmals berichte die Verwaltung transparent über die Erreichung der strategischen Ziele im Jahr 2022 und die Umsetzung der darin enthaltenen Maßnahmen.

Das freue die Freien Wähler sehr. Etwas schade fänden sie, dass sich dieser Bericht fast schon versteckt erst als allerletzte Anlage des Jahresabschlusses findet. Da müsse man schon ein sehr interessierter und geduldiger Leser sein, um so weit in den umfangreichen Unterlagen vorzudringen.

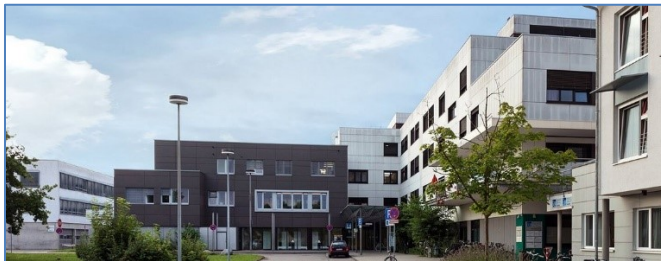
Aus Sicht der Freien Wähler hätte dieser Bericht einen prominenteren Platz verdient.

Peter Riemensperger bedankte sich für die Freien Wähler bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Kernverwaltung, des Eigenbetriebs sowie der Stiftung für ihr Engagement und die gute Arbeit im vergangenen Jahr und stimmte der Feststellung



der drei Jahresabschlüsse und der Umbuchung des Teils der Rücklage, der nicht durch Liquidität gedeckt ist, ins Basiskapital zu.

Auch dem überplanmäßigen Aufwand von gut zehn Millionen € zum Ausgleich des Jahresverlusts 2022 der GRN stimmten die Freien Wähler zu.



Im Haushaltsplan 2023 des Rhein-Neckar-Kreises sei bereits ein Ansatz zur Verlustabdeckung von 5,5 Millionen € eingeplant gewesen.

Die Genehmigung dieser weiteren Mittel diene letztlich der Sicherstellung der Aufgabenerfüllung der GRN.

Massive Kostensteigerungen in nahezu allen Bereichen, ein verstärkter Einsatz von teuren Leasingkräften aufgrund akuten Personalmangels und eine nur langsame Erholung der Fallzahlen im Pandemiejahr 2022 seien die Hauptursachen gewesen, so Peter Riemensperger.

Zudem seien die pandemiebedingten Hilfszahlungen im zweiten Halbjahr 2022 ausgelaufen, die Quarantäneregelungen für Patientinnen und Patienten, die an Corona erkrankt waren, seien aber weiter einzuhalten gewesen.

Und damit nicht genug: Die aktuelle Diskussion über die Klinikreform führe zu weiteren Unsicherheiten.

Man müsse leider davon ausgehen, dass 2022 unter finanziellen Aspekten bis auf weiteres das letzte gute Jahr war. Dies lenke den Blick auf die Haushaltsplanungen für 2024 und die strategischen Ziele für das kommende Jahr.

Erneut hätten zwei Workshops stattgefunden, in denen Vertreter aus Kreistag und Verwaltung über die Vorschläge für die strategischen Ziele für das nächste Jahr diskutierten.

Anschließend folgten Aussprachen über die strategischen Ziele in den Fachausschüssen, ohne diese – wie in den vergangenen Jahren auch – zu beschließen. Dies werde erst mit der Abstimmung über den Haushalt 2024 geschehen.

Dies sei auch richtig so, denn erst dann lägen die finanziellen Rahmenbedingungen vollständig auf dem Tisch.⁷

Und es sei wegen

- des absehbaren Rückgangs beim Rückgang Grunderwerbsteuer-Aufkommen,
- dem erneut drohenden hohen Verlustausgleich bei den GRN sowie
- in Anbetracht der anstehenden Investitionen zu erwartenden höheren Belastungen durch gestiegene Zinsen

keineswegs auszuschließen, dass nicht alles Wünschenswerte im nächsten Jahr angegangen werden kann, sondern geschoben werden muss.

Weitere Informationen.....

Weitere Informationen zu allen Themen gibt es im Ratsinformationssystem des Kreises hier: <http://93.122.78.25/sdnet/vorlagen>

Grafiken Landratsamt Rhein-Neckar-Kreis,
Video Kreisrat Stefan Weisbrod
Foto Seite 5 GRN gGmbH